

**Landkreis Vorpommern-Greifswald  
Der Landrat  
Jugendamt  
51.2 Unterhalt/Beistandschaften**



---

<b>Besucheranschrift:</b>	<b>Greifswald</b> Feldstraße 85 a 17489 Greifswald	<b>Anklam</b> Leipziger Allee 26 17389 Anklam	<b>Pasewalk</b> An der Kürassierkaserne 9 17309 Pasewalk
---------------------------	--	---	--

**Postanschrift:**

Landkreis Vorpommern-Greifswald  
Jugendamt/ 51.2  
Feldstraße 85 a  
17489 Greifswald

Eingang: \_\_\_\_\_

**Antrag**

**auf Beratung und Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen  
Volljähriger gemäß § 18 Abs. 4 SGB VIII**

Im Jugendamt erscheint heute

**Name:** \_\_\_\_\_

**wohnhaft:**

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_

**geboren am:** \_\_\_\_\_ **in:** \_\_\_\_\_

**Telefonnummer/ E-Mail:** \_\_\_\_\_

und erklärt:

Ich persönlich beantrage die Unterstützung bei der Geltendmachung meiner Unterhaltsansprüche gegenüber meinen Eltern:

**Vater** : \_\_\_\_\_

geboren am : \_\_\_\_\_

wohnhaft :

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterhaltstitel: \_\_\_\_\_

Bisherige Unterhaltszahlung: \_\_\_\_\_

**Mutter** : \_\_\_\_\_

geboren am : \_\_\_\_\_

wohnhaft :

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

-bitte wenden-

Unterhaltstitel: \_\_\_\_\_

Bisherige Unterhaltszahlung: \_\_\_\_\_

Ich bin

Schüler/ Student bis voraussichtlich \_\_\_\_\_

Auszubildende(r) vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

und befinde mich in der 1. Ausbildung.

und befinde mich in der \_\_\_\_ . Ausbildung

Gründe für den Wechsel: \_\_\_\_\_

Eine Schulbescheinigung bzw. den Ausbildungsvertrag habe ich beigefügt.

Die eigenen Einkünfte von mir sind per Beleg nachzuweisen und setzen sich zusammen aus:

Einkünfte in € monatlich	Fahrtkostenersatz	Urlaubsgeld in € jährlich	Weihnachtsgeld in € jährlich	Sonstige Zuwendungen in €	Rente o.ä. in €

Das Kindergeld bezieht \_\_\_\_\_

BaföG/ BAB wurde beantragt.

BaföG/ BAB wurde abgelehnt.

**Vollmacht:**

**Das Jugendamt wird ermächtigt, im Namen des/der Unterhaltsberechtigten anhand der Einkommensverhältnisse der Eltern den Unterhaltsanspruch zu ermitteln und mitzuteilen.**

Dazu liegen die **Inverzugsetzungen** für die Eltern:

dem Antrag ausgefüllt bei

bzw. wurden bereits an den jeweiligen Elternteil übergeben/übersandt

**Hinweis:**

*Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich die Informationen nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Kenntnis genommen habe.*



\_\_\_\_\_  
**Unterschrift**

**Bemerkungen:** (z.B. weitere ausbildungsbedingte Kosten, Fahrtkosten, Miete etc.)

---

---

---

# Informationen

## nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für antragstellende Volljährige

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung	Ansprechpartner
Landkreis Vorpommern-Greifswald Der Landrat Feldstraße 85 A 17489 Greifswald <a href="http://www.kreis-vg.de">www.kreis-vg.de</a>	Jugendamt Amtsleiter: Herr Hamm Telefon: 03834 8760-2600 E-Mail: <a href="mailto:gerd.hamm@kreis-vg.de">gerd.hamm@kreis-vg.de</a>
Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten	
Landkreis Vorpommern-Greifswald Datenschutzbeauftragte An der Kürassierkaserne 9, 17309 Pasewalk	Telefon: +49 (0)3834 8760-1218 E-Mail: <a href="mailto:Birgit.Priester@kreis-vg.de">Birgit.Priester@kreis-vg.de</a>

### Zweck der Datenverarbeitung:

Beratung und Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen

### Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Art. 6 Abs. 1c Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m. § 18 IV SGB VIII

### Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist zur Ermittlung Ihres Unterhaltsanspruches gesetzlich vorgeschrieben. Erhoben werden von Ihnen und Ihren Eltern Familiennamen, Vornamen, Anschrift und Geburtsdatum, -ort, Staatsangehörigkeit, ggf. Art und Dauer des Bezugs von Sozialleistungen, Einkommen, Angaben zu weiteren Kindern und Ehepartner/in, Lebenspartner/in.

**Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung bzw. Zurückhaltung von personenbezogenen Daten sind:**

**Die Ermittlung des Unterhaltsanspruches ist bei Nichtbereitstellung der Daten nicht möglich.**

### Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Weitergabe an den antragstellenden Volljährigen

### Geplante Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation

nein  ja

Wenn ja, weitere Informationen gem. Art. 13 Abs. 1 lit. f) bzw. Art. 14 Abs. 1 lit. f) DS-GVO

Sollten Daten an eine internationale Organisation weitergeleitet werden, erfolgt Information.

### Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

Die Aufbewahrungsfrist endet mit Ablauf des Jahres, in dem der Antragsteller das 21. Lebensjahr vollendet hat.

### Information zu Betroffenenrechten

Auf **Ihre Rechte** zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 DS-GVO.

Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Sie haben das Recht, Beschwerden beim Landesbeauftragten für Datenschutz zu erheben.

Postanschrift: Schloss Schwerin, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,  
Telefon: + 49 (0)385 59494-0 oder E-Mail: [info@datenschutz-mv.de](mailto:info@datenschutz-mv.de).

An  
Herrn (Unterhaltspflichtige/r)

---

---

---

### **INVERZUGSETZUNG**

Unterhaltssache des Volljährigen: \_\_\_\_\_

Ich möchte hiermit informieren, dass ich das Jugendamt des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Standort \_\_\_\_\_, mit der Überprüfung deiner wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse beauftragt habe, um den Unterhalt für meine Person ab dem \_\_\_\_\_ neu zu berechnen und festzulegen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift  
Unterhaltsempfänger/in

An  
Frau (Unterhaltspflichtige/r)

---

---

---

### INVERZUGSETZUNG

Unterhaltssache des Volljährigen: \_\_\_\_\_

Ich möchte hiermit informieren, dass ich das Jugendamt des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Standort \_\_\_\_\_, mit der Überprüfung deiner wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse beauftragt habe, um den Unterhalt für meine Person ab dem \_\_\_\_\_ neu zu berechnen und festzulegen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift  
Unterhaltsempfänger/in

## Hinweise für junge Volljährige

### **1. Habe ich noch einen Unterhaltsanspruch?**

Mit der Volljährigkeit endet nicht automatisch der Unterhaltsanspruch gegen die Unterhaltsverpflichteten.

Voraussetzung für einen Unterhaltsanspruch gegen die Eltern ist, dass der Volljährige außerstande ist, sich selbst zu unterhalten (Bedürftigkeit) und die Eltern in der Lage sind, ohne Gefährdung des eigenen angemessenen Unterhalts den Unterhalt zu zahlen (Leistungsfähigkeit).

Junge, ledige Volljährige bis zum 21. Lebensjahr, die sich noch in der allgemeinen Schulausbildung befinden (z. B. Abiturienten) und im Haushalt eines Elternteils leben, sind den Minderjährigen gleichgestellt. Man spricht hier von sogenannten privilegierten Volljährigen (§ 1603 Absatz 2 BGB).

Aber auch der Anspruch Volljähriger, die sich in einer Ausbildung befinden, endet erst mit der finanziellen Selbständigkeit.

Diese, nicht privilegierten Volljährigen, sind in ihrem Unterhaltsanspruch aber nachrangig gegenüber minderjährigen und ihnen gleichgestellten privilegierten Volljährigen (§ 1609 BGB).

### **2. Wie lange bin ich unterhaltsberechtig? Was bedeutet finanzielle Selbständigkeit?**

Der erste Ausbildungsgang muss von den Unterhaltsverpflichteten finanziert werden, d. h. die Zeit bis zum Abitur, danach das erste Studium bis zum gewünschten Abschluss oder eine erste Berufsausbildung stellen unterhaltsberechtigende Zeiten dar.

Sollte aber im ersten Ausbildungsgang Einkommen erzielt werden, ist dieses unterhaltsmindernd anzurechnen (z. B. auch das volle Kindergeld, BAB, BAföG).

Der Volljährige ist gehalten, die Ausbildung bzw. das Studium in angemessener und üblicher Dauer zu beenden.

Ein „Ausruhen“ nach dem Schulabschluss, um noch nach dem „richtigen“ Beruf zu suchen und somit das Verpassen der üblichen Ausbildungszeiten, ist nicht zu finanzieren. Ebenso ist einem Schulabgänger zuzumuten, in der Wartezeit bis zum regulären Ausbildungsbeginn einen Teil zu seinem Unterhalt beizutragen.

Die Ableistung eines sozialen Jahres/Jugendfreiwilligendienstes bzw. die Teilnahme an einem Berufsbildungsjahr kann als Teil der beruflichen Vorbildung angesehen werden und wäre somit unterhaltsrechtlich nicht vorwerfbar.

Bei Berufsfindungsphasen bzw. Ausbildungswechsel ist durch den Volljährigen eindeutig zu belegen, dass einerseits die gewünschte Ausbildung nur zu dem späteren Termin angetreten werden kann bzw. die erste Ausbildung nicht willkürlich abgebrochen wurde.

Auch bei Verzögerung des Studiums sind die Gründe für die Verzögerung eindeutig nachzuweisen.

Von finanzieller Unabhängigkeit ist in der Regel nach Abschluss des ersten Ausbildungsganges auszugehen. Der Volljährige hat danach eine umfassende Erwerbsobliegenheit.

### **3. Von wem bekomme ich Unterhalt?**

In der Zeit der Minderjährigkeit ist in der Regel immer nur ein Elternteil barunterhaltspflichtig, da der Elternteil, bei dem das Kind lebt, seiner Unterhaltspflicht durch Erziehung und Pflege nachkommt und somit den sogenannten Betreuungsunterhalt leistet.

Dieser Elternteil erhält dann auch den Unterhalt für den Minderjährigen (und verwaltet diesen).

Mit Erreichen der Volljährigkeit ändert sich dieses.

Grundsätzlich sind dann beide Elternteile zum Barunterhalt verpflichtet.

Wenn man allerdings als Volljähriger noch im Haushalt eines Elternteils wohnt, kommt dieser Elternteil sicher auch weiter für die Unterkunft mit Nebenkosten auf (und versorgt diesen Haushalt). Mit diesem Elternteil sollte man sich vielleicht auf ein Taschengeld bei freier „Kost und Logis“ einigen, bevor man auf den vollen Barunterhalt besteht und durch Kostgeld etc. diese Leistungen „bezahlt“.

Die Barunterhaltspflicht des Elternteils, in dessen Haushalt der junge Volljährige nicht lebt, besteht ab Volljährigkeit nur noch gegenüber dem Unterhaltsberechtigten direkt, nicht mehr zu Händen seines gesetzlichen Vertreters.

Auch hier sollte man eine Einigung mit dem Elternteil, in dessen Haushalt man noch lebt, suchen. Denn diesem stand bisher auch der Barunterhalt des anderen Elternteils zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung.

### **4. Wie hoch ist eigentlich mein Unterhaltsanspruch?**

Während der Minderjährigkeit orientiert sich der Unterhaltsanspruch allein am Einkommen des Barunterhaltspflichtigen.

Jetzt bezieht sich die Barunterhaltspflicht auf beide Elternteile.

Der Bedarf volljähriger, unverheirateter Kinder, die noch im Haushalt eines Elternteils leben, ergibt sich aus der Düsseldorfer Unterhaltstabelle.

Es werden zur Ermittlung des Unterhaltsbedarfes die Einkommen beider Elternteile herangezogen.

Der Bedarf anderer Volljähriger (d. h. mit eigenem Wohnraum) beträgt lt. gängiger Rechtsprechung 860,- EUR monatlich (einschließlich Wohnbedarf).

Auf den Bedarf wird das volle Kindergeld angerechnet.

### **5. Wie sieht es mit eigenem Wohnraum aus?**

Eine eigene Wohnung muss durch die Unterhaltspflichtigen grundsätzlich nicht finanziert werden, solange sie dem jungen Volljährigen einen Wohnraum in der eigenen Wohnung zur Verfügung stellen (§ 1612 Absatz 2 BGB).

Eine Ausnahme trifft dann zu, wenn der Ausbildungsplatz nicht erreicht werden kann.

### **6. Wer hilft mir bei der Umsetzung meiner Unterhaltsansprüche?**

Zunächst ist es ganz wichtig, sich mit den Unterhaltspflichtigen selbst zu einigen. Nicht das Anwenden der Rechte bis auf den letzten Cent, sondern das gute Miteinander sollte an erster Stelle stehen.

Das Jugendamt kann zwar für den jungen Volljährigen nicht mehr als beauftragter Vertreter handeln, steht aber auf Wunsch weiterhin beratend und unterstützend zur Verfügung. Am sinnvollsten wäre ein Beratungsgespräch mit allen Beteiligten an einem Tisch. Aber auch die Beratung und Unterstützung des jungen Volljährigen allein ist jederzeit möglich. Eine Antragstellung durch einen Elternteil ist aufgrund der fehlenden Vertretungsberechtigung ausgeschlossen.

Ebenfalls ist auch weiterhin möglich, Unterhaltstitel in Form der Jugendamtsurkunde kostenlos erstellen zu lassen. Sollte es allerdings eines Rechtsstreits bedürfen, so ist der junge Volljährige in Eigenverantwortung gehalten, einen Rechtsbeistand (Anwalt) zu Rate zu ziehen.

## **7. Ich habe noch einen Unterhaltstitel aus der Minderjährigkeit, was passiert damit?**

Sofern der Unterhaltstitel nicht bis zum 18. Geburtstag befristet wurde, gilt er auch mit Volljährigkeit fort.

Er ist auch weiterhin vollstreckbar.

Da aber ab Volljährigkeit beide Elternteile zum Barunterhalt verpflichtet sind, eventuelle vorrangige Unterhaltsverpflichtungen zu berücksichtigen sind (siehe Pkt. 1) und ein höherer Selbstbehalt für den Pflichtigen gelten kann, wäre eine Abänderung des Titels durch den Verpflichteten zulässig und erfolgversprechend.

Das unterhaltsberechtignte Kind sollte daher seinen Unterhaltsanspruch ab Volljährigkeit neu abprüfen lassen und den Anspruch auf den Betrag begrenzen, der bei Nichtexistenz eines Titels zu berechnen wäre.

## **8. Wie lange dauert die regelmäßige Verjährungsfrist für Unterhaltsansprüche?**

Grundsätzlich verjähren Unterhaltsansprüche nach 3 Jahren (mit Ablauf der regelmäßigen Verjährungsfrist).

Die Frist beginnt jeweils am Jahresende.

Für Kinder im Verhältnis zu ihren Eltern gilt die Sondervorschrift nach § 207 Abs.1 Satz 2 BGB.

Die Verjährung von Kindesunterhalt beginnt danach erst mit der Vollendung des 21. Lebensjahres.

Aber: Unterhaltsansprüche können verwirkt sein!

Verwirkung bedeutet: Es werden dem Schuldner, d. h. dem Unterhaltspflichtigen, gegenüber, die Forderungen über längere Zeit nicht geltend gemacht und beim Schuldner ergibt sich damit das begründete Vertrauen darauf, dass er nicht mehr in Anspruch genommen wird. Bei Unterhalt genügt dabei lt. geltender Rechtsprechung bereits ein Zeitraum von 1 – 3 Jahren.

Der Unterhaltsgläubiger muss sich zeitnah um die Durchsetzung seiner Ansprüche bemühen.

Gegen eine Verwirkung spricht, wenn der Gläubiger nachweislich durch periodische Mahnungen an seine ausstehende Zahlungsverpflichtung erinnert hat